

# WIDERSPRUCH

Beiträge zu  
sozialistischer Politik

48

## Europa sozial

EU-Verfassung, Lissabon-Strategie, Arbeitsmarkt und Geschlechterpolitik; Krise des Sozialmodells; Osterweiterung, Europäische Handelspolitik, Globalisierung, Frauenmigration und informelle Arbeit; Freier Personenverkehr, Militarisierung der EU und Schengen/Dublin

H. Schui, K. Dräger, M. Wissen, P. Beckmann, N. Imboden, S. Steinmetz, E. Gutiérrez Rodríguez, M.R. Krätke, A. Brie, G. Trepp, M. Beckmann, H.-J. Bieling, S. Schunter-Kleemann, H. Hofbauer, H. Baumann, S. Luzi, J. Lang, B. Glättli, H. Busch

### Diskussion

M. Madörin: Feministische Wirtschaftspolitik  
W. Eberle / H. Schäppi: SPS-Wirtschaftsprogramm  
G. Ochsner: Frauen und Entwicklungsökonomie  
A. Sancar: Geschlecht und Entwicklung  
Ch. Zeller: Reformpolitik und Aneignung  
M. Massarrat: Zur Imperialismus-Debatte

### Marginalien / Rezensionen

25. Jg./1. Halbjahr 2005

Fr. 25.- / € 16.-

## Die Schweiz im europäischen Finanzraum

### Linke Finanzpolitik und Sozialkapitalismus

Der Umbau des Finanzplatzes zur Drehscheibe des europäischen Finanzraumes kann erstens in der Schweiz neue Arbeitsplätze schaffen und zweitens einen Beitrag zu einem friedlichen, sozialen und ökologischen Europa leisten. Wunschenken? Der Umbau ist möglich, wenn es der Schweizer Linken gelingt, mit einer eigenen Banken- und Finanzplatzpolitik die Hegemonie des anglo-amerikanischen Finanzkapitalismus neoliberaler Prägung über den Finanzplatz zu brechen. Dabei hat die linke Politik einen strategischen Vorteil: Sie ist umso erfolgreicher, je mehr neue Arbeitsplätze sie schafft, während der Erfolg für die Parteigänger des Finanzkapitalismus gerade umgekehrt darin gesehen wird, zwecks Kostensenkung möglichst viele Arbeitsplätze zu vernichten. Das Potential von neuen Arbeitsplätzen macht linke Banken- und Finanzplatzpolitik in der Schweiz mehrheitsfähig. Soweit meine These.

Doch was heisst europäischer Finanzraum und weshalb hat dieser eine Schweizer Finanzdrehscheibe nötig? Zuallererst gilt es festzuhalten, dass der europäische Finanzraum hier etwas anderes meint als den bestehenden europäischen Währungsraum. Der geistige Vater der 1992 in Maastricht entstandenen Währungsunion ist der kanadische Neoliberale Robert Mundell; ein Anhänger der Wirtschaftsordnung, die den Einfluss des Staates auf die Wirtschaft mit dem Kampfruf „Je freier die Wirtschaft, desto grösser der Profit“ minimieren und dafür den Einfluss des Marktes maximieren zum Imperativ hat. Mundell hat den Euro von der Finanzwirtschaft her konzipiert, während der kommende europäische Finanzraum sich von der Realwirtschaft her aufbaut. Diese Unterscheidung ist von grosser Bedeutung. Letztlich geht es hier um die Frage, was höher gewichtet werden soll: Kapitalprofite oder Arbeitsplätze. Das Euroland als Währungsraum schafft vereinheitlichte Anlagemärkte für internationale Anleger, Europa als Finanzraum stärkt die Produktivkraft nationaler Volkswirtschaften.

Weshalb also soll der Europäische Finanzraum im Kommen sein? Nach dem Scheitern der europäischen Verfassung ist auch die franko-germanische Vision von der Supermacht Europa, die Helmut Kohl und François Mitterrand nach dem Ende des Kalten Krieges im Blick hatten, vorerst ausgeträumt. Europa braucht ein neues Leitbild. Das Fiasko der Idee eines völlig neuen europäischen Bundesstaates ist gleichzeitig die Wiederkehr des Europa der Vaterländer (Charles De Gaulle), also des Modells des auf gemeinsamen Wirtschaftsinteressen fussenden Staatenbundes. Angesagt sind damit die Renationalisierung und Reregulierung der innereuropäischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, was unter den europäischen Staaten einen von